

Maßnahmen ergriffen, die sie 1939 zu einer (Nach-)Zensur ausbaute. Dies entsprach jedoch nicht den Vorstellungen von General Guisan. Er forderte die Einführung einer Vorzensur der Presse und die Schaffung eines »service de la propagande«, den die zivile Gewalt mit Unterstützung der Armee leiten sollte. Befremdlich war für die zivile Gewalt auch, daß der General ohne Wissen des Bundesrates Kontakte zur Wehrmacht herstellen ließ.

Nicht alle Politikfelder, die die Edition ins Blickfeld des Lesers rückt, können hier besprochen werden, so z. B. die umstrittene Flüchtlingspolitik (insbesondere die Behandlung jüdischer Asylbewerber), die Wahrnehmung der Interessen schweizerischer Banken und Versicherungen im Ausland, die humanitären Aktionen, die guten Dienste und die Schutzmachtätigkeit der Schweiz gegenüber allen kriegführenden Staaten.

Eine aufmerksame Lektüre der Dokumente relativiert das dichotome Schlagwort von *Anpassung oder Widerstand*. Erst das Zusammenwirken beider Verhaltensweisen sicherte der Schweiz das Überleben. Eine überzeugende Alternative zu der von der Schweiz erfolgreich, aber auch mit zum Teil fragwürdigen Kompromissen und Versäumnissen praktizierten Neutralitätspolitik bleibt zu benennen.

Reinhard SCHIFFERS, Bonn

Ministère des Affaires étrangères. Documents diplomatiques français, 1944. Tome II (9 septembre–31 décembre), Paris, Douai (Imprimerie nationale) 1996, XLII–541 S.

Die Entscheidung des französischen Außenministeriums, die Veröffentlichung seiner Nachkriegsakten im Rahmen der traditionellen Documents Diplomatiques Français (DDF) erst mit dem 21. 7. 1954, dem Tag des provisorischen Waffenstillstandes im Indochina-Krieg, zu beginnen, stieß in der historischen Zunft nur auf begrenztes Verständnis. Denn damit drohten fast zehn Jahre französischer Außenpolitik ins editorische Nichts zu fallen. Inzwischen hat die Editionscommission diesen Beschluß revidiert und begonnen, die Lücke zu schließen. Ein unter der Leitung von Georges-Henri Soutou erarbeiteter erster Band dokumentiert die letzten Monate des Jahres 1944. Als Stichdatum figuriert der 9. 9. 1944, der Tag, an dem die im Mai proklamierte provisorische Regierung sich den Trägern der inneren Résistance öffnete und Georges Bidault zum Außenminister ernannt wurde. Leider fehlt dem Band eine allgemeine Einleitung über die Editionsgrundsätze und -richtlinien, so daß der Leser auch nichts darüber erfährt, ob und wann die Kriegsjahre 1939–1944 editorisch aufgearbeitet werden. Soutou beläßt es vielmehr bei der knappen Bemerkung, daß die Herausgeber den Editionsstandard der DDF verpflichtet seien, bei der Präsentation und Kommentierung aber den besonderen Zeit- und Überlieferungsumständen hätten Rechnung tragen müssen.

Bei der Lektüre der Dokumente wird rasch klar, daß General de Gaulle als Chef der Provisorischen Regierung die Außenpolitik maßgeblich bestimmte. Mit Verve ging er daran, die völkerrechtliche Anerkennung seiner Regierung durchzusetzen und sowohl hinsichtlich Deutschlands als auch in bezug auf die Beziehungen zu den Alliierten seine Positionen für die Nachkriegszeit zu fixieren. »Assurer d'une façon efficace et durable la sécurité de la France est la préoccupation essentielle du Gouvernement provisoire« (S. 343), lautete die zentrale Maxime der französischen Außenpolitik in diesen Monaten. Und dies bedeutete neben der Wiederherstellung einer schlagkräftigen Armee vor allem die Beseitigung der deutschen Gefahr. Um dieses Ziel zu erreichen, ging es dem General vor allem um ein Bündnis mit der Sowjetunion. Während Stalin an einen eher lockeren Bund dachte, strebte de Gaulle »une alliance pour une période indéfinie« (S. 410) an und lehnte einen von britischer Seite vorgeschlagenen dreiseitigen Vertrag ab. Der am 10. 12. 1944 geschlossene Pakt mit Moskau war für ihn »le nœud« jeglichen Sicherheitssystems gegen Deutschland (S. 343). Allenfalls unterhalb dieser Ebene konnte seiner Meinung nach ein trilaterales

Abkommen mit britischer Beteiligung entstehen, und darunter wiederum die kollektive Sicherheit unter Einschluß der Amerikaner.

Bekanntlich suchte de Gaulle die Unterstützung Stalins vergeblich. Weniger bekannt ist hingegen die nunmehr belegte Konzessionsbereitschaft etwa in der Frage des Comité de Lublin, der östlichen Grenze Polens oder der von ihm *expressis verbis* akzeptierten Oder-Neiße-Linie. Die Dokumente verdeutlichen darüber hinaus eindrucksvoll die Weite seiner deutschlandpolitischen Ambitionen in bezug auf das Rheinland, das Ruhrgebiet oder das Saarland, aber auch die erheblichen Meinungsverschiedenheiten in Regierung und Verwaltung. Aufgrund dieser Differenzen wurden Ende 1944 zwei Kommissionen gebildet, die eine erhebliche Bedeutung bei der Formulierung der französischen Deutschlandpolitik gewinnen sollten.

Ulrich LAPPENKÜPER, Bonn

Commission nationale pour la publication de documents diplomatiques suisses, Documents diplomatiques suisses. Volume 16: (9. V. 1945–31. V. 1947), Zürich (Chronos), Locarno (Armando Dadò Editore), Genève (Éditions Zoé) 1997, LXXIV–428 S.

Der hier anzuzeigende Band 16, dessen Dokumente zum Teil wieder ungewöhnlich aktuell geworden sind, führt die erste Serie der Diplomatischen Dokumente der Schweiz (1848–1945) fort. Ziel der Edition ist es, die mit folgenschweren Weichenstellungen verbundene Phase vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zu den ersten Anzeichen des Kalten Krieges möglichst ausgewogen zu veranschaulichen. Die neue Periode mit der editorischen Planung bis 1961 entspricht der Amtszeit des frankophonen Bundesrates Max Petitpierre, der für die schweizerische Diplomatie zwischen dem 11. Februar 1945 und dem 30. Juni 1961 verantwortlich zeichnete.

Die veröffentlichten Dokumente – sämtlich aus dem Schweizerischen Bundesarchiv – machen deutlich, daß die größte Herausforderung für die Schweizer Diplomatie in der unmittelbaren Nachkriegszeit darin bestand, sich auf die neuen außenpolitischen Gegebenheiten einzustellen. Diese das politische System der Schweiz fast überfordernde Aufgabe spiegelt sich in Instruktionen, Gutachten, Aufzeichnungen und Korrespondenzen aus den unterschiedlichsten Institutionen und Gremien: aus dem Eidgenössischen Departement (Ministerium) für auswärtige Angelegenheiten, aus dem Gesamtbundesrat, aus anderen Departements, von Delegationen und Spezialkommissionen sowie von politischen Akteuren in amtlichen oder halbamtlichen Funktionen. Zwischen den von der Sache her meist nüchternen Texten fallen die (auf Französisch verfaßten) Berichte von Carl J. Burckhardt auf, damals schweizerischer Gesandter in Paris, der nach seinen Besprechungen mit de Gaulle und Churchill von beiden Politikern Portraits von geradezu literarischer Qualität zeichnete.

Nicht alle Bereiche der internationalen Beziehungen der Schweiz, deren Grundzüge, Leitlinien und fundamentale Gegebenheiten die Edition dem Leser vor Augen führt, können hier zur Sprache kommen. Zu den zentralen Problemen der Schweizer Außenpolitik ab 1945 gehörte die Neutralitätspolitik. Diese war bei den Alliierten nach Kriegsende in Mißkredit geraten, und maßgebliche Meinungsträger befürworteten damals mit plausiblen Argumenten einen UNO-Beitritt ohne Rücksichtnahme auf die Beibehaltung der Neutralität. Die von Churchill früh erkannten Anzeichen des Kalten Krieges veranlaßten die Schweizer Behörden, ihre Neutralitätsdoktrin anzupassen und auf die neue verkündete Triade »Neutralität, Solidarität und Universalität« abzustützen. Diese Fortsetzung der Neutralitätspolitik entsprach nicht nur einem Grundkonsens der schweizerischen Bevölkerung jener Jahre; sie gewann angesichts der Teilung der Welt in zwei gegnerische ideologische Blöcke auch eine neue Legitimation.